

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
25. Mai 2013
Stadthalle Baunatal**

Antrag: EnU 9

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Für eine artgerechte Tierhaltung

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Zu einer solidarischen und sozialen Politik muss auch der Tierschutz gehören.
2
3 Wir fordern deshalb:
4
5 1. Die derzeitigen Praktiken in der Massentierhaltung sind nicht akzeptabel. Tiere müssen
6 entsprechend ihres Verhaltens und ihrer Bedürfnisse gehalten werden. Eine Überzüchtung und
7 vorsorgliche Gabe von Antibiotika wird verboten.
8
9 2. Das Kastrieren von Ferkeln oder anderen Tieren ohne jede Betäubung muss gesetzlich
10 verboten werden.
11
12 3. Das Patentieren von Tierzuchten darf nicht länger möglich sein.
13
14
15 **Begründung:**
16
17 Gemäß Art. 20a des Grundgesetzes wird der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der
18 Tiere zum Staatsziel erklärt. In der Praxis hat sich der Gesetzgeber an dieser Regelung kaum
19 orientiert und keine Maßnahmen ergriffen, um Tiere tatsächlich besser zu schützen. Im
20 Mittelpunkt der heutigen Politik steht weiterhin die Gewinnmaximierung, die auf dem Rücken
21 von Tieren in der Massentierhaltung erwirtschaftet wird.
22 Selbstverständlich muss auch der Verbraucher reagieren und in Kauf nehmen für den Verzehr
23 von tierischen Produkten wie etwa Fleisch, Eier oder Milch höhere Preise zu bezahlen, wenn er
24 diese zum Beispiel bei den örtlichen Metzgereien erwirbt, wo er viel leichter nachvollziehen
25 kann, woher die Produkte kommen. Doch auch die Politik muss in die Pflicht genommen
26 werden, um sich endlich an ihr selbst gesetztes Staatsziel zu halten.
27 Laut § 1 des Tierschutzgesetzes darf niemand einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen,
28 Leiden oder Schäden zufügen. Ein großer wirtschaftlicher Gewinn stellt aus unserer Sicht
29 keinen vernünftigen Grund im Sinne des Gesetzes dar. So muss sich die Tierhaltung in
30 Deutschland künftig einer artgerechten Haltung von Tieren verpflichten. Dazu gehört den Tieren
31 genügend Raum- und Bewegungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen und sie nicht mit
32 künstlichem Licht jeder natürlichen Lebensweise zu entziehen, sondern das Leben im
33 Tageslicht zuzulassen. Schweine beispielsweise sind sehr soziale und intelligente Tiere, für die
34 die derzeitigen Haltungsbedingungen unter den beengten Verhältnissen ohne Bewegungs- und
35 Beschäftigungsmöglichkeiten eine große Qual darstellen. Auch die ständige Trächtigkeit von
36 diversen Zuchttieren bedeutet für die Tiere keine Glückseligkeit oder Muttergefühle, strengere

37 Regelungen müssen geschaffen und kontrolliert werden, die die Trächtigkeit von Tieren nur
38 noch in Maßen zulässt.

39

40 Auch entbehrt es jedem vernünftigen Grund Ferkel und andere Tiere ohne Betäubung zu
41 kastrieren. Die Tiere erleiden große Schmerzen und geraten oft in einen Schockzustand. Den
42 Tieren müssen aber unnötige Schmerzen erspart bleiben. Der Gesetzgeber widerspricht sich
43 hier selbst, wenn er das Kastrieren ohne Betäubung zulässt.

44

45 Eine in der Europäischen Union derzeit immer häufiger angewandte Praxis besteht darin, das
46 Patentieren von Tierzuchten zuzulassen. So sind z.B. Patente vergeben worden für Kühe, die
47 mehr Milch geben und Schweine, die schneller wachsen und weniger Fett ansetzen. Profiteure
48 davon sind eindeutig die industriellen Großzuchten, die sich das Wissen über die Tierzucht zu
49 Eigen machen möchten, um so eine Monopolstellung für sich zu erreichen. Insbesondere
50 Kleinbetriebe würden darunter leiden. Wie wir wissen, sind es aber meist die Kleinbetriebe und
51 die regionalen Bauern, die auf Tierschutz Wert legen. Doch denen wird mit den erteilten
52 Patenten das Überleben weiter erschwert. Die Patente auf Lebewesen dürfen nicht weiter erteilt
53 werden.

54

55

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an